



Medienmitteilung

Zürich, 18. Juni 2020

Beschlüsse der Kommissionen

KJS: Keine Kautions bei Anzeigen wegen Ehrverletzungsdelikten

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) lehnt die parlamentarische Initiative von Claudio Schmid betreffend Ehrverletzungsdelikte ([KR-Nr. 149/2018](#)) einstimmig ab. Die Ablehnung erfolgt aus formellen Gründen: Im Bereich des Strafprozessrechts hat der Kanton vorliegend keine Gesetzgebungskompetenz. Bezuglich der inhaltlichen Stossrichtung der parlamentarischen Initiative gab es in der Kommission keinen Konsens. Dass aufgrund der Zunahme von Verfahren wegen Ehrverletzungsdelikten Ressourcen gebunden werden, bereitet der Kommission allerdings Sorge. Mit der Initiative wird gefordert, dass Strafverfolgungsbehörden in gewissen Verfahren, namentlich bei Ehrverletzungsdelikten, von den Antragsstellerinnen und -stellern grundsätzlich eine Kautions verlangen sollen.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

STGK: Effizienter Einsatz der Integrationspauschale

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat ([KR-Nr. 87/2017](#)) von FDP-Kantonsräatin Linda Camenisch betreffend Verwendung der Integrationspauschale als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, wie die Integrationspauschale des Bundes für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge effizienter eingesetzt werden kann. Die STGK teilt die Ansicht der Regierung, dass dieses Anliegen durch die von Bund und Kantonen erarbeitete Integrationsagenda Schweiz und durch die in der Folge verbesserte Koordination und Zusammenarbeit zwischen den zuständigen kantonalen Stellen erfüllt wurde. Die Hauptziele der Integrationsagenda Schweiz bestehen in der rascheren Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.